

26. April 2021



1202-12012

über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

file 23.4
GR

Der Magistrat

Bürgermeister

Dr. Oliver Franz

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integra-
tion, Kinder und Familie

20. April 2021

Regionale Gesundheitskonferenz für Wiesbaden, RTK und LK Limburg
Beschluss-Nr. 0007 vom 24. Februar 2021, (Vorlagen-Nr. 21-F-21-0005)

Am 18. Februar 2019 wurde für das Versorgungsgebiet Wiesbaden-Limburg die „Gesundheitskonferenz Wiesbaden - Rheingau-Taunus-Kreis - Landkreis Limburg-Weilburg“ unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Dr. Franz konstituiert. Diesem Gremium obliegt nach dem „Gesetz zur Bildung von Gremien zur Verbesserung der sektorübergreifenden Versorgung“

- die Beobachtung der regionalen Versorgungsstrukturen mit dem Ziel ihrer Weiterentwicklung, Anpassung und Unterstützung
- die Erstellung von Problemanalysen
- und die Entwicklung von Lösungsvorschlägen.

Die Gesundheitskonferenz soll etwa drei bis vier Mal im Jahr tagen, um gesundheitliche Fragestellungen auf Stadt- und Landkreisebene abzustimmen und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration entsprechende Empfehlungen für die Gesundheitsplanung für die Region zu geben. Als Themen sind die kommunale Gesundheitsförderung und Prävention sowie Aspekte der medizinischen und pflegerischen Versorgung vorgesehen.

Der Gesundheitskonferenz kommt also eine bedeutende Rolle bei der Überwindung von Versorgungsproblemen an den sektoralen Grenzen unseres Gesundheitssystems zu.

Nunmehr fast zwei Jahre nach ihrer Konstituierung ist eine Zwischenbilanz der Arbeit der Regionalen Gesundheitskonferenz angezeigt, um ein konkretes Bild von ihrer Aufgabe, den Themen und den Ergebnissen dieses Gremiums zu erhalten.

Der Ausschuss möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten zu berichten

- 1) Wann fanden in den letzten zwei Jahren Sitzungen der Regionalen Gesundheitskonferenz statt, welche Themen wurden behandelt und welche Organisationen bzw. Gäste haben teilgenommen?

- 2) Welche Erkenntnisse und Problemfelder hat die Gesundheitskonferenz in den letzten beiden Jahren über die gesundheitlichen Versorgungsstrukturen in der Region gewonnen und welche Verbesserungsvorschläge wurden erarbeitet?
 - 3) Welche künftigen Herausforderungen für die gesundheitliche Versorgung in Wiesbaden zeichnen sich aus Sicht des Magistrats ab und welche Rolle wird dabei die Gesundheitskonferenz spielen? Gibt es bereits konkrete Ziele oder Projekte, die in den nächsten Sitzungen der Gesundheitskonferenz behandelt werden sollen?
-

Zu 1.:

Die erste regionale Gesundheitskonferenz Wiesbaden - Rheingau-Taunus - Limburg-Weilburg tagte am 28. Juni 2019 im Rathaus in Wiesbaden unter dem gemeinsamen Vorsitz von dem 1. Kreisbeigeordneten des Kreises Limburg-Weilburg Herrn Jörg Sauer und mir. Eine Folgesitzung fand am 25. Oktober 2019 im Rathaus Wiesbaden statt.

Die komplexen Anforderungen an die Gesundheitsversorgung erfordern einen multiprofessionellen Handlungsansatz, der im Rahmen der regionalen Gesundheitskonferenz erfolgreich umgesetzt werden konnte. Zu den Teilnehmenden zählten Delegierte des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, der Landkreise Rheingau-Taunus und Limburg-Weilburg, der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen, der Kassen- und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen, der Landesärzte- und Landeszahnärztekammer, der Landesapothekenkammer, der Psychotherapeutenkammer, der Krankenhäuser und der hessischen Krankenhausgesellschaft sowie Amtsärzte, Vertreterinnen und Vertreter der Rettungsdienste und der Selbsthilfe.

Für das Jahr 2020 war beabsichtigt, die regionale Gesundheitskonferenz als regelmäßige Institution zu etablieren. Aufgrund der Corona-Pandemie und dem damit einhergehenden hohen Ressourcenbedarf im Gesundheitswesen pausierte die Veranstaltungsreihe im zurückliegenden Jahr fast vollständig. Um dem Auftrag der regionalen Gesundheitskonferenz vor dem Hintergrund der pandemischen Sonderlage dennoch nachzukommen, fanden zu Beginn der Pandemie zunächst wöchentlich, später zweiwöchentlich Telefonkonferenzen zwischen den Sprechern der regionalen Gesundheitskonferenz in Hessen und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration statt. Seit März 2020 tagt die AG Kliniken wöchentlich. Teilnehmer waren zu Beginn die Vertreterinnen und Vertreter der Wiesbadener Kliniken. Im Laufe der Pandemie erweiterte sich der Teilnehmerkreis um die Vertreterinnen und Vertreter der Kliniken und Gebietskörperschaften des gesamten Versorgungsgebietes fünf mit dem Ziel, die klinische Versorgung in den Landkreisen und Kommunen sicherzustellen und einen regelmäßigen Austausch zu gewährleisten.

Die letzte reguläre regionale Gesundheitskonferenz fand mit ca. 30 Gästen am 7. Februar 2020 im Wiesbadener Rathaus statt. Die nächste Gesundheitskonferenz wird am 23. April 2021 stattfinden. Die Gesundheitskonferenzen sollen fortan quartalsweise durchgeführt werden. Ausgehend von der hohen Teilnehmerzahl und der positiven Resonanz der Teilnehmenden wurde seitens des Gesundheitsamts Wiesbaden die neue Stabsstelle „Regionale Gesundheitskonferenz“ geschaffen. Die Stelle ist seit dem 1. Dezember 2020 in Vollzeit besetzt.

Zu 2.:

Die Landkreise und kreisfreien Städte stehen trotz unterschiedlicher regionaler Gegebenheiten vor ähnlichen Herausforderungen. Obwohl eine gute gesundheitliche Versorgung in allen drei Gebietskörperschaften sichergestellt ist, gibt es in manchen Versorgungsbereichen Optimierungspotenzial. So ist beispielsweise davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren die Anzahl von Fachärzten in den Versorgungsgebieten sinken wird und Fachbereiche

kleinerer Kliniken schließen werden. Insbesondere ländliche Bereiche, auch die Wiesbader Vororte, sind davon betroffen. Gleichmaßen steigt die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen. Dies macht eine stetige Anpassung von Gesundheitsversorgungsstrukturen und praktischen Vorgehensweisen erforderlich. Die Herausforderung wird sein, wie sich diese verstetigen und gleichzeitig weiter entwickeln lassen.

Im Rahmen der regionalen Gesundheitskonferenz stellten die Mitglieder Konzepte und Praxisbeispiele für die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung der Menschen ihrer jeweiligen Regionen vor. Die sich daraus ergebenden maßgebenden Aspekte dienen als Grundlage für die weitere Organisation der Gesundheitskonferenzen. Die Ergebnisse und Empfehlungen wurden in Form eines Berichtes an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration weitergeleitet.

Nachfolgende Praxisbeispiele und Projekte aus dem Versorgungsgebiet wurden anlässlich der Gesundheitskonferenz am 7. Februar 2020 vorgestellt und anschließend diskutiert:

Curandum e.V.

Frau Dr. Susanne Springborn, Hausärztin und Gründerin des Versorgungsverbundes CURANDUM e.V., präsentierte das inzwischen weit über die Grenzen der Landeshauptstadt hinaus bekannte, für die östlichen Vororte von Wiesbaden äußerst wirksame Gesundheitsversorgungssystem. Das Angebot zeichnet sich durch sein breites Spektrum an Versorgungsleistungen und den Einsatz zahlreicher Professionen und Ehrenamtlicher aus. Patienten können so eine adäquate medizinische Betreuung in ihrem sozialen Umfeld erfahren. Die Finanzierung einer Quartiersmanagerin, die wichtige Aufgaben übernimmt und damit die Leistung des Versorgungsverbundes deutlich erhöht, wird durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration übernommen.

Intersektorales Entlassmanagement im Rheingau-Taunus-Kreis

Wie ein intersektorales Entlassmanagement in der Gesundheitsregion Rheingau nachhaltig aufgebaut und implementiert werden kann, wurde durch Herrn Jens Gabriel, Geschäftsführer des St.-Josefs-Hospitals Rheingau, vorgestellt. Das St. Josefs-Hospital Rheingau hatte zusammen mit dem Ärztenetzwerk Gesundheitsnetz Rheingau e.V. und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration ein Förderprojekt zur Entwicklung eines sektorenübergreifenden Entlassmanagements ins Leben gerufen. Das Projekt startete am 1. Januar 2019 und wird aktuell zusammen mit 80 niedergelassenen Vertragsärzten in der Region Rheingau-Taunus-Kreis umgesetzt. Die wissenschaftliche Evaluation wird durch das Healthcare Management Institute (HCMI) der European Business School - EBS Universität für Wirtschaft und Recht begleitet. Für die Patienten schafft das sektorenübergreifende Entlassmanagement mehr Transparenz im Behandlungsverlauf und vermeidet unnötige Wiederholungen von Untersuchungen und aufwändige Arztbesuche. Des Weiteren gewährleistet das Pilotprojekt eine zeitnahe und reibungslose Behandlung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung. Dies alles trägt zur Patientensicherheit, einer steigenden Behandlungsqualität und einem Informationsgewinn bei.

Best-Practice: Klinikführung in den Sternbach-Kliniken

Sehr eindrucksvoll präsentierten Herr Dr. Arne Ballies, Geschäftsführender Gesellschafter der Sternbach-Kliniken, sowie Herr Thomas Schaber, einer der Mitgesellschafter, wie das wirtschaftliche Führen von Kliniken mit einer Größe bis ca. 250 Betten gelingen kann. Die Sternbach-Kliniken wurden 2019 gegründet und haben zum Ziel, die kommunalen Strukturen bei der notfallorientierten Grund- und Regelversorgung zu unterstützen. Mit etwa 40 Prozent aller stationär erbrachten Leistungen stellt die Grund- und Regelversorgung einen elementaren Baustein in der Gesundheitsversorgung dar. Schwerpunktkrankenhäuser sind für die kostendeckende Leistungserbringung von Fällen der Grund- und Regelversorgung hingegen oft überausgestattet. Entgegen der aktuell geführten politischen Diskussion liegt die Lösung für

eine effiziente Patientenversorgung jedoch nicht in der umfänglichen Schließung kleinerer Häuser, sondern viel eher in der funktionierenden Arbeitsteilung zwischen Krankenhäusern einer notfallorientierten Grund- und Regelversorgung und der stationären Spitzenmedizin in Schwerpunkt- und Maximalversorgern.

Weiterentwicklung der Bedarfsplanung im Versorgungsgebiet

Herr Norbert Ortloff, Teamleiter Beratung Wiesbaden der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, stellte die für ein verantwortliches Angebot wichtigen Grundlagen der ambulanten medizinischen Versorgung vor. Unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung der Bedarfsplanungs-Richtlinie vom Juni 2019 hatte der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen nach § 90 SGB V im November seinen Beschluss gefasst. Für den Planungsbereich Landeshauptstadt Wiesbaden, Rheingau-Taunus-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg ist sowohl die ambulante kinderärztliche Versorgung als auch die hausärztliche Versorgung ausreichend gewährleistet. Eine Ausnahme stellt die hausärztliche Versorgung in der Stadt Idstein dar, welche gemäß Beschluss als drohend unterversorgt eingestuft wurde. Für die Bedarfsplanung ist es erforderlich, vielfältige Bedingungen zu berücksichtigen und sowohl auf die Leistungserbringer mit den unterschiedlichen Interessenlagen als auch auf die Patienten mit ihren individuellen Ansprüchen einzugehen.

Zu 3.:

Die Konzeption für die erste Gesundheitskonferenz 2021 erfolgt durch das Gesundheitsamt Wiesbaden. Um dem hohen Bedarf nach gemeinsamen Austausch gerecht zu werden ist beabsichtigt, pro Sitzung möglichst viele Themen- und Beschlussvorlagen zu behandeln.

Aufgrund der Pandemielage erfolgt die Durchführung der Gesundheitskonferenz virtuell und über eine Dauer von zwei Stunden. Zum aktuellen Zeitpunkt sind zwei Vorträge zu je 30 Minuten als Schwerpunktthemen gesetzt und bieten Gelegenheit zur anschließenden Diskussion. Im Fokus stehen dabei die Möglichkeiten für die Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie der regionalen ambulanten Versorgung.

1. Öffentlicher Gesundheitsdienst

Das Gesundheitsamt Wiesbaden stellt ein Modellprojekt zur Kontaktpersonennachverfolgung als Beispiel für gelungene Kooperationen und Delegation von Aufgaben eines Gesundheitsamtes vor. Das Modellprojekt existiert seit Dezember 2020 gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe e.V..

2. Ambulante Versorgungsstrukturen

Referenten der Hochschule Fresenius stellen den Studienaufbau und erste Ergebnisse einer Erhebung zur hausärztlichen Versorgung in der Region sowie die daraus resultierenden Möglichkeiten für die zukünftige Gestaltung ambulanter Strukturen vor.

Darüber hinaus ermöglicht die Gesundheitskonferenz einen interdisziplinären Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen wie den Herausforderungen der Pandemiebekämpfung und den daraus resultierenden Anforderungen an das hessische Gesundheitswesen. Weitere individuelle Themen- und Beschlussvorschläge der Teilnehmenden werden zurzeit schriftlich entgegengenommen. Es besteht die Möglichkeit, ausgewählte Themen in vorbereitenden Kleingruppengesprächen vertieft zu diskutieren und anschließend im Plenum vorzustellen.

